

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

78.690/3-16

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZU UMSETZUNG VERSCHIEDENER RICHTLINIEN IM BEREICH SOZIALES

INHALTSANGABE

Die Umsetzung folgender Richtlinien fällt teilweise in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

- Richtlinie (EU) 2024/1499 des Rates vom 7. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung von Personen ungeachtet ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, der Gleichbehandlung von Personen in Beschäftigung und Beruf ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung sowie von Frauen und Männern im Bereich der sozialen Sicherheit und im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und zur Änderung der Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG;
- Richtlinie (EU) 2024/1500 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und zur Änderung der Richtlinien 2006/54/EG und 2010/41/EU;
- Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer.

Die Mitgliedsstaaten müssen die Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500 bis zum 19. Juni 2026 und die Richtlinie 2024/1712 bis zum 15. Juli 2026 umsetzen. Zu diesem Zweck ist eine Abänderung folgender Dekrete erforderlich:

- Dekret vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung;
- Dekret vom 26. September 2016 über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe.

Die im vorliegenden Dekretvorentwurf vorgesehenen Abänderungen dienen demnach der teilweisen Umsetzung der Richtlinien 2024/1499, 2024/1500 und 2024/1712.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln.....	8
Vorentwurf	11
Umsetzungstabellen	16

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der vorliegende Dekretvorentwurf dient der teilweisen Umsetzung folgender Richtlinien:

- Richtlinie (EU) 2024/1499 des Rates vom 7. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung von Personen ungeachtet ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, der Gleichbehandlung von Personen in Beschäftigung und Beruf ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung sowie von Frauen und Männern im Bereich der sozialen Sicherheit und im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und zur Änderung der Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG;
- Richtlinie (EU) 2024/1500 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und zur Änderung der Richtlinien 2006/54/EG und 2010/41/EU;
- Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer.

Die Mitgliedsstaaten müssen die Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500 bis zum 19. Juni 2026 und die Richtlinie 2024/1712 bis zum 15. Juli 2026 umsetzen. Zu diesem Zweck ist eine Abänderung folgender Dekrete erforderlich:

- Dekret vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung;
- Dekret vom 26. September 2016 über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe.

1. Umsetzung der Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500

Der vorliegende Dekretvorentwurf dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1499 des Rates vom 7. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung von Personen ungeachtet ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, der Gleichbehandlung von Personen in Beschäftigung und Beruf ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung sowie von Frauen und Männern im Bereich der sozialen Sicherheit und im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und zur Änderung der Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG, hiernach Richtlinie 2024/1499 genannt, sowie der Richtlinie (EU) 2024/1500 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung /und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und zur Änderung der Richtlinien 2006/54/EG und 2010/41/EU, hiernach Richtlinie 2024/1500 genannt.

Mit diesen Richtlinien werden Mindestanforderungen an die Arbeitsweise von Stellen festgelegt, deren Aufgabe darin besteht, die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung zu fördern (im Folgenden „Gleichbehandlungsstellen“), die dazu dienen, ihre Wirksamkeit zu verbessern und ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten, um die Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, wie er sich aus den Richtlinien 79/7/EWG, 2000/43/EG, 2000/78/EG und 2004/113/EG des Rates sowie den Richtlinien 2006/54/EG und 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ableitet, zu stärken.

- Die Richtlinie 79/7/EWG zielt darauf ab, die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts im Bereich der sozialen Sicherheit zu bekämpfen.

- Die Richtlinie 2000/43/EG schafft einen Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft.
- Die Richtlinie 2000/78/EG schafft einen Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung, Beruf und Berufsbildung.
- Die Richtlinie 2004/113/EG schafft einen Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen.
- Die Richtlinie 2006/54/EG verbietet Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Bezug auf den Zugang zu Beschäftigung und Beruf, einschließlich des beruflichen Aufstiegs, sowie den Zugang zur Berufsbildung, in Bezug auf Arbeitsbedingungen, einschließlich des Entgelts, und in Bezug auf betriebliche Systeme der sozialen Sicherheit.
- Die Richtlinie 2010/41/EU verbietet die Diskriminierung von Männern und Frauen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben.

In den Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG sowie 2006/54/EG und 2010/41/EU wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, eine oder mehrere Stellen zu benennen, deren Aufgabe darin besteht, die Verwirklichung der Gleichbehandlung aller Personen ohne Diskriminierung aus den in den jeweiligen Richtlinien genannten Gründen zu fördern, zu analysieren, zu beobachten und zu unterstützen. Durch die Richtlinien wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass diese Gleichbehandlungsstellen unter anderem dafür zuständig sind, die Opfer auf unabhängige Weise zu unterstützen, unabhängige Erhebungen zum Thema Diskriminierung durchzuführen, unabhängige Berichte zu veröffentlichen und Empfehlungen zu allen Aspekten vorzulegen, die mit diesen Diskriminierungen in Zusammenhang stehen.

Die Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG sowie 2006/54/EG und 2010/41/EU lassen den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Struktur und Arbeitsweise von Gleichbehandlungsstellen einen großen Ermessensspielraum. Dies führt dazu, dass bei Mandat, Befugnissen, Strukturen, Ressourcen und praktischer Arbeitsweise der Gleichbehandlungsstellen in den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bestehen. Dies wiederum bedeutet, dass der Schutz vor Diskriminierung von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich ist.

Wenngleich die Mitgliedstaaten durch die Richtlinien 79/7/EWG und 2000/78/EG nicht verpflichtet werden, Gleichbehandlungsstellen zu benennen, die sich mit den unter diese Richtlinien fallenden Angelegenheiten befassen, gibt es doch in den meisten Mitgliedstaaten Gleichbehandlungsstellen, welche dafür eine Zuständigkeit haben, soweit dies nach nationalem Recht vorgesehen ist. Dies trifft jedoch nicht für alle Mitgliedstaaten zu, was zu Unterschieden im Niveau des Diskriminierungsschutzes in den von diesen Richtlinien erfassten Bereichen in der gesamten Union führt.

Damit die Gleichbehandlungsstellen wirksam zur Durchsetzung der Richtlinien 79/7/EWG, 2000/43/EG, 2000/78/EG und 2004/113/EG sowie 2006/54/EG und 2010/41/EU beitragen können, indem sie die Gleichbehandlung fördern, Diskriminierung verhindern und allen von Diskriminierung betroffenen Einzelpersonen und Gruppen Unterstützung beim Zugang zur Justiz in der gesamten Union anbieten, ist es erforderlich, Mindeststandards für die Arbeitsweise dieser Stellen festzulegen und ihr Mandat auf die unter die Richtlinien 79/7/EWG und 2000/78/EG fallenden Bereiche auszuweiten.

Das Diskriminierungsverbot als Grundrecht unterliegt der Zuständigkeit des belgischen Föderalstaates und ist in der belgischen Verfassung verankert.

Die konkrete Ausführung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in spezifischen Bereichen

erfolgt durch die aufgrund des betroffenen materiellen Bereiches zuständige Behörde.

Diese Richtlinien regeln den Gleichbehandlungsgrundsatz in verschiedenen Bereichen, die teils in die materielle Zuständigkeit des Föderalstaates fallen, teils in die der Teilstaaten. Demnach gestaltet sich die Umsetzung dieser Richtlinien in das belgische Rechtssystem so, dass je nach betroffenem materiellem Bereich sowohl der Föderalstaat als auch die Teilstaaten auf ihren jeweiligen Zuständigkeitsebenen verpflichtet sind, umsetzende Bestimmungen zu ergreifen.

Das Dekret enthält die Bestimmungen zur Umsetzung dieser Richtlinien in den folgenden Bereichen, die in die materiellen Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen:

- die Arbeitsverhältnisse
 - o im Rahmen der Einrichtungen im Sinne von Artikel 9 Absatz 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen, der durch Artikel 5 §1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung findet,
 - o im Rahmen der in Artikel 24 §4 der Verfassung angeführten Unterrichtseinrichtungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, aller Typen, aller Stufen und aller Netze,
 - o im Rahmen der Dienste im Sinne von Artikel 87 §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen, der durch Artikel 54 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung findet, sowohl was den Zugang zur Beschäftigung, den Aufstieg, die Arbeitsbedingungen, die Besoldung und die Beendigung des Arbeitsverhältnisses anbelangt;
- das in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte Unterrichtswesen aufgrund von Artikel 130 §1 Nummer 3 der Verfassung;
- die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geführte Beschäftigungspolitik aufgrund von Artikel 6 §1 IX. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen;
- die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geführte Politik aufgrund von Artikel 4 §1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft (kulturelle Angelegenheiten);
- die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geführte Politik aufgrund von Artikel 4 §2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft (personenbezogene Angelegenheiten);
- die sozialen Vergünstigungen im Sinne von Artikel 7 §2 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft;
- die Güter und Waren im Sinne der Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über den freien Güter- und Warenverkehr;
- die Dienstleistungen allgemeinen Interesses einschließlich der Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft;
- die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geführte Politik im Bereich des Wohnungswesens aufgrund von Artikel 6 §1 IV. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über institutionelle Reformen.

Im Rahmen der materiellen Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft handelt es sich lediglich um eine teilweise Umsetzung der Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500, da ein Großteil der Bestimmungen dieser Richtlinien im Rahmen der Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Föderalbehörde, den Regionen und

den Gemeinschaften zur Schaffung eines Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit und Bekämpfung des Rassismus und der Diskriminierungen in der Form einer gemeinschaftlichen Einrichtung im Sinne von Artikel 92bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen umgesetzt wird.

Zusätzlich wird das Gesetz vom 16. Dezember 2002 zur Schaffung des Instituts für die Gleichheit von Frauen und Männern angepasst. Die Abänderung dieses Gesetzes fällt in den Zuständigkeitsbereich des Föderalstaats.

2. Umsetzung der/ Richtlinie 2024/1712

Der vorliegende Dekretvorentwurf dient ebenfalls der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer, hiernach Richtlinie 2024/1712 genannt.

Die Richtlinie 2024/1712 ändert die Richtlinie 2011/36 ab, die weiterhin das wichtigste Rechtsinstrument der Europäischen Union zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer darstellt. Mit dieser Richtlinie 2011/36 wurde ein umfassender Rahmen für die Bekämpfung des Menschenhandels geschaffen, indem Mindestvorschriften zur Definition von Straftaten und Strafen festgelegt wurden. Des Weiteren beinhaltet die Richtlinie Bestimmungen zur Stärkung der Prävention des Menschenhandels, der Unterstützung und des Schutzes der Opfer unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive und der Interessen von Menschen mit Behinderung und von Kindern sowie eines auf die Opfer ausgerichteten Ansatzes.

In ihrer Mitteilung vom 14. April 2021 über die Strategie der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels 2021–2025 legte die Kommission im Rahmen eines multidisziplinären und umfassenden Ansatzes politische Maßnahmen fest — von der Prävention des Menschenhandels über den Schutz der Opfer bis hin zur Verfolgung und Verurteilung von Menschenhändlern. Um gegen die sich im Bereich des Menschenhandels vollziehenden Entwicklungen vorzugehen, die von der Kommission ermittelten Defizite zu beheben und die Anstrengungen zur Bekämpfung dieser Straftat weiter zu intensivieren, war eine Änderung der Richtlinie 2011/36/EU unabdingbar, u.a. in Bezug auf die frühzeitige Erkennung und Identifizierung, spezialisierte Unterstützung und Betreuung der Opfer von Menschenhandel.

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen innerstaatliche Maßnahmen verabschieden, um die von den Richtlinien vorgeschriebenen Ziele umzusetzen. Die getroffenen Maßnahmen müssen der Europäischen Kommission innerhalb einer festgelegten Frist mitgeteilt werden. Nach Ablauf dieser Frist kann die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

Die konkrete Umsetzung dieser Richtlinien ins belgische Rechtssystem fällt in den Zuständigkeitsbereich unterschiedlicher Gebietskörperschaften. Der hier vorgelegte Dekretvorentwurf dient lediglich als Grundlage zur Umsetzung der Maßnahmen und Empfehlungen bezüglich der Opfer des Menschenhandels, die in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen. Zu diesem Zweck werden folgende Dekrete abgeändert:

- Dekret vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung;
- Dekret vom 26. September 2016 über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe.

Die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe findet ihre Grundlage in Artikel 5 §1 III. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

In Artikel 1 wird präzisiert, dass das Dekret vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung, hiernach Dekret vom 19. März 2012 genannt, der teilweisen Umsetzung der Richtlinien 2024/1499, 2024/1500 und 2024/1712 dient. Durch diese Präzisierung wird der in Artikel 24 (1) Absatz 2 der Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500 sowie Artikel 2 (1) Absatz 2 der Richtlinie 2024/1712 vorgesehene Verpflichtung Folge geleistet.

Artikel 2

Die Abänderungen im Rahmen dieses Artikels sind eine terminologische Anpassung des Begriffs der „Gleichbehandlungsstelle“, um sowohl national als auch international den gleichen terminologischen Begriff zu nutzen.

Die intersektionale Diskriminierung ist sowohl in den Richtlinien 79/7/EWG, 2000/43/EG, 2000/78/EG oder 2004/113/EG als auch in den Evaluierungen der Gleichbehandlungsstellen gefordert. Die Ergänzungen dienen dazu, die Realitäten, mit denen betroffene Personen konfrontiert sind, juristisch besser abzubilden.

Artikel 3

Durch die Änderung des Begriffs „Stelle“ in den Begriff „Gleichbehandlungsstelle“ sind terminologische Anpassungen in diesem Artikel erforderlich.

Artikel 4

Im Hinblick auf eine rasche und erschwingliche außergerichtliche Streitbeilegung sollen die Mitgliedstaaten den Parteien eine alternative Streitbeilegung durch die Gleichbehandlungsstelle selbst oder eine andere bestehende zuständige Einrichtung ermöglichen. Durch vorliegenden Artikel werden die Gleichbehandlungsstellen mit dieser Aufgabe befasst. Dieser Artikel dient der teilweisen Umsetzung von Artikel 7 der Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500.

Artikel 5

Gleichbehandlungsstellen sollen weiterhin befugt sein, in Gerichtsverfahren tätig zu werden. Nationale Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten in Bezug auf die Zulässigkeit von Klagen dürfen nicht so angewendet werden, dass die Gleichbehandlungsstellen daran gehindert werden könnten, ihr Recht zu handeln wirksam wahrzunehmen. Durch die Präzisierung dieses Artikels soll die praktische Umsetzung der derzeitigen Bestimmungen in Bezug auf die Beweislast und den Rechtsschutz erleichtert werden.

Zudem umfasst das Recht der Gleichbehandlungsstelle, in Gerichtsverfahren tätig zu werden, nunmehr auch das Recht, dem Gericht Stellungnahmen zu übermitteln.

Dieses Recht, in Gerichtsverfahren tätig zu werden, kann unterschiedliche Formen annehmen: Handeln im Namen eines oder mehrerer Opfer, Unterstützung eines oder mehrerer Opfer, Handeln oder Einleiten eines Gerichtsverfahrens im eigenen Namen.

Dieser Artikel dient der teilweisen Umsetzung von Artikel 10 der Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500.

Artikel 6

Durch die Änderung des Begriffs „Stelle“ in den Begriff „Gleichbehandlungsstelle“ sind terminologische Anpassungen erforderlich.

Artikel 7 und 8

Die Regierung hat die Aufgabe, geeignete Maßnahmen zur Sensibilisierung der allgemeinen Bevölkerung für die im Dekret aufgeführten Rechte und die Existenz der Gleichbehandlungsstellen und Diensten zu treffen.

Den Gleichbehandlungsstellen kommt ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Prävention von Diskriminierung und der Förderung der Gleichstellung zu. Zu diesen Maßnahmen können der Austausch bewährter Verfahren, positive Maßnahmen und die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter bei öffentlichen und privaten Einrichtungen gehören, sowie das Anbieten von einschlägigen Schulungen, Informationen, Beratung und Unterstützung für öffentliche und private Einrichtungen. Überdies ist es unerlässlich, dass Gleichbehandlungsstellen mit den einschlägigen Interessenträgern kommunizieren und sich an der öffentlichen Debatte beteiligen.

Hierbei berücksichtigen die Regierung und die Gleichbehandlungsstellen für jede Zielgruppe geeignete Kommunikationsinstrumente und -formate.

Dieser Artikel dient der Umsetzung von Artikel 5 der Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500.

Artikel 9

Im Rahmen der Prävention von Diskriminierung wird ebenfalls die Aufgabe der Regierung in Bezug auf die Prävention von Menschenhandel präzisiert. Durch diese Präzisierung wird Artikel 1 Nummer 14 der Richtlinie 2024/1712 umgesetzt.

Artikel 10 bis 14

Durch die Änderung des Begriffs „Stelle“ in den Begriff „Gleichbehandlungsstelle“ sind terminologische Anpassungen erforderlich.

Artikel 15

In Artikel 15 wird präzisiert, dass das Dekret vom 26. September 2016 über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe, hiernach Dekret vom 26. September 2016 genannt, zur teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2024/1712 dient. Durch diese Präzisierung wird der in Artikel 2 (1) Absatz 2 der Richtlinie 2024/1712 vorgesehenen Verpflichtung Folge geleistet.

Artikel 16 und 17

Durch diese beiden Artikel werden die Artikel 6 und 7 des Dekrets vom 26. September 2016, die sich mit den Aufgaben der Einrichtungen für Opferhilfe bzw. spezialisierte Opferhilfe befassen, im Sinne der Richtlinie 2024/1712, insbesondere Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe a), präzisiert.

Artikel 6 Nummer 2 des Dekrets vom 26. September 2016 sieht vor, dass die für Opferhilfe zuständigen Einrichtungen den Opfern entsprechend ihrer Bedürfnisse eine sozial-psychologische Hilfe anbieten und verdeutlicht, worauf die sozial-psychologische Hilfe ausgerichtet ist und welchem Zweck sie dient. Durch Artikel 2 des Dekretvorentwurfs wird im Sinne von Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe a) der Richtlinie 2024/1712, der Artikel 11 Absatz 1 der Richtlinie 2011/36 ersetzt, präzisiert, dass diese Hilfe den Opfern vor, während, sowie für einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Strafverfahrens gewährt werden muss. Dieser Zusatz gilt, genau wie alle in Artikel 6 des Dekrets vom 26. September 2016 genannten Aufgaben, für alle Opfer von Straftaten, insbesondere Opfer von Menschenhandel.

Artikel 7 Nummer 2 des Dekrets vom 26. September 2016 sieht vor, dass die für die spezialisierte Opferhilfe zuständigen Einrichtungen den Opfern mit besonderen Bedürfnissen eine gezielte und integrierte multidisziplinäre Hilfe anbieten und verdeutlicht, worauf die gezielte und integrierte multidisziplinäre Hilfe ausgerichtet ist und welchem Zweck sie dient. Durch Artikel 3 des Dekretvorentwurfs wird im Sinne von Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe a) der Richtlinie 2024/1712, der Artikel 11 Absatz 1 der Richtlinie 2011/36 ersetzt, vorgesehen, dass die Hilfe einen auf die Opfer ausgerichteten, geschlechtersensiblen, behinderten- und kindgerechten Ansatz verfolgen muss. Zudem wird präzisiert, dass diese Hilfe den Opfern vor, während, sowie für einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Strafverfahrens gewährt werden muss.

Dieser Zusatz gilt, genau wie alle in Artikel 7 des Dekrets vom 26. September 2016 genannten Aufgaben, für alle Opfer von Straftaten, insbesondere Opfer von Menschenhandel.

Artikel 7 Nummer 5 des Dekrets vom 26. September 2016 befasst sich mit den zu berücksichtigenden Kriterien zur Einschätzung der besonderen Bedürfnisse während der individuellen Begutachtung. Eines dieser Kriterien ist die Art der Straftat (Buchstabe b)). Die Art der Straftat spielt insbesondere bei Opfern von Menschenhandel eine Rolle, weshalb Buchstabe b) um diesen Verweis erweitert wird.

Artikel 18

Dieser Artikel befasst sich mit den Schulungen für Personen, die die Opferhilfe und spezialisierte Opferhilfe leisten und präzisiert Artikel 10 des Dekrets vom 26. September 2016 im Sinne von Artikel 1 Nummer 15 der Richtlinie 2024/1712.

Artikel 19

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets fest. In Anbetracht der Umsetzungsfristen wird ein Inkrafttreten zum 1. Juni 2026 vorgesehen.

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2025.12.18 11:41:38 +01'00'

Die Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit
L. KLINKENBERG

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Umsetzung verschiedener Richtlinien im Bereich Soziales

KAPITEL 1 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 19. MÄRZ 2012 ZUR BEKÄMPFUNG BESTIMMTER FORMEN VON DISKRIMINIERUNG

Artikel 1 – Artikel 1 Absatz 2 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt ersetzt:

„Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates;

2. Richtlinie (EU) 2024/1499 des Rates vom 7. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung von Personen ungeachtet ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, der Gleichbehandlung von Personen in Beschäftigung und Beruf ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung und ihrer sexuellen Ausrichtung sowie von Frauen und Männern im Bereich der sozialen Sicherheit und im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und zur Änderung der Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG;

3. Richtlinie (EU) 2024/1500 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und zur Änderung der Richtlinien 2006/54/EG und 2010/41/EU;

4. Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer.“

Art. 2 – Artikel 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 19 wird wie folgt ersetzt:

„19. Gleichbehandlungsstelle: die mit der Förderung der Gleichbehandlung befasste unabhängige Stelle bzw. die mit der Förderung der Gleichbehandlung befassten unabhängigen Stellen;“

2. Folgende Nummer 20 wird eingefügt:

„20. Intersektionale Diskriminierung: Situation, die entsteht, wenn eine Person infolge einer Unterscheidung aufgrund mehrerer geschützter Merkmale, die miteinander interagieren und voneinander untrennbar werden, diskriminiert wird.“

Art. 3 – Artikel 12 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Stellen“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstellen“ ersetzt.

2. Im einleitenden Satz von Absatz 2 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.

3. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 4 – In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 12.1 eingefügt:

„Art. 12.1 – Die Gleichbehandlungsstelle bietet in Streitsachen, die in Anwendung des Dekrets eingetreten sind, zudem Möglichkeiten zur außergerichtlichen Beilegung von Streitsachen.“

Die Verjährungsfristen vor Gericht werden für den Zeitraum der außergerichtlichen Beilegung von Streitsachen ausgesetzt.“

Art. 5 – In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 12.2 eingefügt:

„Art. 12.2 – Die Gleichbehandlungsstelle kann in Streitsachen, die in Anwendung des Dekrets eingetreten sind, vor Gericht tätig werden.

Das Recht der Gleichbehandlungsstelle, in Gerichtsverfahren tätig zu werden, umfasst das Recht, dem Gericht Stellungnahmen zu übermitteln.

Das Recht, in Gerichtsverfahren tätig zu werden, umfasst zusätzlich mindestens eines der folgenden Rechte:

1. das Recht, im Namen eines oder mehrerer Opfer ein Gerichtsverfahren einzuleiten,
2. das Recht, zur Unterstützung eines oder mehrerer Opfer an Gerichtsverfahren teilzunehmen;
3. das Recht, Gerichtsverfahren im eigenen Namen einzuleiten, um das öffentliche Interesse zu schützen.“

Art. 6 – In Artikel 14 desselben Dekrets wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.

Art. 7 – In Titel 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgendes Kapitel 5, das die Artikel 14. 1 und 14.2 enthält, eingefügt:

„Kapitel 5 – Sensibilisierung, Prävention und Förderung“

Art. 8 – In Titel 2 Kapitel 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

„Art. 14.1 – Die Regierung trifft Maßnahmen zur Sensibilisierung der allgemeinen Bevölkerung für die in vorliegendem Dekret aufgeführten Rechte sowie das Bestehen von Gleichbehandlungsstellen und deren Diensten. Diese Sensibilisierung findet unter besonderer Berücksichtigung diskriminierungsgefährdeter Personen und Gruppen statt.

Die Gleichbehandlungsstellen sind befugt, Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung und zur Förderung der Gleichbehandlung im Sinne des vorliegenden Dekrets durchzuführen. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen können die Gleichbehandlungsstellen besondere Benachteiligungssituationen berücksichtigen, die sich aus intersektionaler Diskriminierung ergeben.

Die Regierung und die Gleichbehandlungsstellen berücksichtigen für jede Zielgruppe geeignete Kommunikationsinstrumente und -formate. Sie konzentrieren sich insbesondere auf Gruppen, deren Zugang zu Informationen beispielsweise aufgrund ihres prekären wirtschaftlichen Status, ihres Alters, einer Behinderung, des Niveaus ihrer Lese- und Schreibkompetenz, ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Aufenthaltsstatus oder aufgrund ihres mangelnden Zugangs zu Online-Tools erschwert sein kann.“

Art. 9 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 14.2 eingefügt:

„Art. 14.2 – Die Regierung trifft darüber hinaus im Sinne der Prävention von Menschenhandel:

1. Maßnahmen, die unter Berücksichtigung der verschiedenen Formen von Ausbeutung geeignet sind, um der Nachfrage, die jegliche Form von Ausbeutung begünstigt, insbesondere im Zusammenhang mit Menschenhandel, entgegenzuwirken und diese zu schwächen;
2. Maßnahmen, die geschlechtersensibel und kindgerecht konzipiert sind, um Menschen, insbesondere Kinder und Menschen mit Behinderungen, zu sensibilisieren und die Gefahr, dass sie Opfer von Menschenhandel werden, zu verringern.“

Art. 10 – Artikel 16 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.
2. In Absatz 2 Nummer 1 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.

Art. 11 – Artikel 18 §2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.
2. In Nummer 7 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.
3. In Nummer 8 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.

Art. 12 – Artikel 19 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §3 Nummer 4 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.
2. In §3 Nummer 7 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.
3. In §3 Nummer 8 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.
4. In §5 Absatz 1 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.

Art. 13 – In Artikel 21 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.

Art. 14 – In Artikel 23 §1 wird das Wort „Stelle“ durch das Wort „Gleichbehandlungsstelle“ ersetzt.

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. SEPTEMBER 2016 ÜBER DIE OPFERHILFE UND DIE SPEZIALISIERTE OPFERHILFE

Art. 15 – Artikel 1 des Dekrets vom 26. September 2016 über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:
„4. Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer.“

Art. 16 – In Artikel 6 Nummer 2 desselben Dekrets wird das Semikolon am Ende des Satzes durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz eingefügt:

„Diese Hilfe wird den Opfern vor, während sowie für einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Strafverfahrens gewährt;“

Art. 17 – Artikel 7 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird zwischen das Wort „Straftat“ und das Semikolon die Wortfolge „und verfolgt einen auf die Opfer ausgerichteten, geschlechtersensiblen, behinderten- und kindgerechten Ansatz. Diese Hilfe wird den Opfern vor, während sowie für einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Strafverfahrens gewährt“ eingefügt.
2. In Nummer 5 Buchstabe b), abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird zwischen das Wort „Terrorismus“ und das Semikolon die Wortfolge „und Opfern von Menschenhandel“ eingefügt.

Art. 18 – Artikel 10 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Artikelüberschrift wird wie folgt ersetzt:

„Art. 10 – *Schulung und Prävention*“

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge „eine ihrem Kontakt mit den Opfern angemessene Schulung“ durch die Wortfolge „regelmäßig ihrem Kontakt mit den Opfern oder potenziellen Opfern angemessene und spezialisierte Schulungen“ ersetzt.

3. In Absatz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Schulungen sind menschenrechtsbasiert, auf die Opfer ausgerichtet, geschlechtersensibel und beziehen die Interessen von Kindern und Menschen mit Behinderungen ein.“

4. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Sie zielen ebenfalls darauf ab, den Personen, die in Kontakt mit Opfern kommen, erforderliche Kenntnisse im Sinne der Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels, der Vermeidung erneuter Viktimisierung sowie der Erkennung, Identifizierung, Unterstützung und Betreuung sowie des Schutzes von Opfern zu vermitteln.“

Art. 19 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Juni 2026 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg

Datum: 2025.12.18 11:40:09 +01'00'

Die Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit
L. KLINKENBERG

Umsetzungstabelle Richtlinien 2024/1499 und 2024/1500

Richtlinie 2024/1499	Richtlinie 2024/1500	Dekretvorentwurf	Dekret vom 19. März 2012 zur Be- kämpfung bestimm- ter Formen von Dis- kriminierung
Artikel 2 (1)	Artikel 2 (1)	/	Artikel 12 Absatz 1
Artikel 3	Artikel 3	Artikel 2 Nummer 1	Artikel 3 Nummer 19
Artikel 5 (1)	Artikel 5 (1)	Artikel 8	Artikel 14.1 Absatz 1
Artikel 5 (2)	Artikel 5 (2)	Artikel 8	Artikel 14.1 Absatz 2
Artikel 5 (3)	Artikel 5 (3)	Artikel 8	Artikel 14.1 Absatz 3
Artikel 7	Artikel 7	Artikel 4	Artikel 12.1
Artikel 10 (1)	Artikel 10 (1)	Artikel 5	Artikel 12.2 Absatz 1 Artikel 14 (Zustim- mung des Opfers)
Artikel 10 (2)	Artikel 10 (2)	Artikel 5	Artikel 12.2 Absatz 2
Artikel 10 (3)	Artikel 10 (3)	Artikel 5	Artikel 12.2 Absatz 3 Artikel 18 §2 Num- mern 7 und 8 Artikel 19 §3 Num- mern 7 und 8 Artikel 23 §1
Artikel 10 (4) - opti- onal	Artikel 10 (4) - opti- onal	/	/
Artikel 11	Artikel 11	/	Artikel 16, 18, 19
Artikel 24 (1) Ab- satz 2	Artikel 24 (1) Ab- satz 2	Artikel 1	Artikel 1 Absatz 2 Nummern 2 und 3

Umsetzungstabelle Richtlinie 2024/1712

Richtlinie 2024/1712	Dekretvorentwurf	Dekret vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung	Dekret vom 26. September 2016 über die Opferhilfe und spezialisierte Opferhilfe	Dekret vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz
Artikel 1 Nummer 9 a) (betrifft Artikel 11 Absatz 1 der Richtlinie 2011/36)	Artikel 16 und 17		Artikel 6 und 7	Artikel 1 Nummer 1, Artikel 3 Nummern 10, 14 und 15, Artikel 4 Nummern 1 und 2, Artikel 7
Artikel 1 Nummer 13 (insofern er Artikel 14 Absätze 1 und 3 der Richtlinie 2011/36 betrifft)			Artikel 7 Nummer 5 Buchstabe d) und Nummer 8	Artikel 3 Nummer 17, Artikel 9, 10, 11, 12 §1 und 29
Artikel 1 Nummer 14 (betrifft Artikel 18 der Richtlinie 2011/36)	Artikel 9 Artikel 18	Artikel 14.2	Artikel 10	Artikel 13 Absatz 2 Nummer 3
Artikel 1 Nummer 15 (betrifft den neu eingefügten Artikel 18b der Richtlinie 2011/36)	Artikel 18		Artikel 10	Artikel 13 Absätze 1 und 2, Artikel 14 und 16
Artikel 2 (1) Absatz 2	Artikel 1 Artikel 15	Artikel 1 Absatz 2 Nummer 4	Artikel 1 Nummer 4	

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE OMZETTING VAN VERSCHIEDENE RICHTLIJNEN INZAKE SOCIALE AANGELEGENHEDEN

INHOUD

De omzetting van de volgende richtlijnen valt gedeeltelijk binnen het bevoegdheidsdomein van de Duitstalige Gemeenschap:

- Richtlijn (EU) 2024/1499 van de Raad van 7 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling van personen ongeacht hun ras of etnische afstamming, gelijke behandeling van personen in arbeid en beroep ongeacht hun godsdienst of overtuiging, handicap, leeftijd of seksuele oriëntatie, gelijke behandeling van vrouwen en mannen op het gebied van sociale zekerheid en de toegang tot en het aanbod van goederen en diensten, en tot wijziging van Richtlijnen 2000/43/EG en 2004/113/EG;
- Richtlijn (EU) 2024/1500 van het Europees Parlement en de Raad van 14 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling en gelijke kansen voor vrouwen en mannen in arbeid en beroep, en tot wijziging van Richtlijnen 2006/54/EG en 2010/41/EU;
- Richtlijn (EU) 2024/1712 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot wijziging van Richtlijn 2011/36/EU inzake de voorkoming en bestrijding van mensenhandel en de bescherming van slachtoffers daarvan.

De lidstaten moeten de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500 tegen 19 juni 2026 en Richtlijn 2024/1712 tegen 15 juli 2026 omzetten. Daartoe moeten de volgende decreten worden gewijzigd:

- decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie;
- decreet van 26 september 2016 betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp.

De wijzigingen die in dit voorontwerp van decreet zijn vervat, strekken dus tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijnen 2024/1499, 2024/1500 en 2024/1712.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Bespreking van de artikelen	8
Voorontwerp.....	11
Omzettingstabellen	16

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Dit voorontwerp van decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de volgende richtlijnen:

- Richtlijn (EU) 2024/1499 van de Raad van 7 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling van personen ongeacht hun ras of etnische afstamming, gelijke behandeling van personen in arbeid en beroep ongeacht hun godsdienst of overtuiging, handicap, leeftijd of seksuele oriëntatie, gelijke behandeling van vrouwen en mannen op het gebied van sociale zekerheid en de toegang tot en het aanbod van goederen en diensten, en tot wijziging van Richtlijnen 2000/43/EG en 2004/113/EG;
- Richtlijn (EU) 2024/1500 van het Europees Parlement en de Raad van 14 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling en gelijke kansen voor vrouwen en mannen in arbeid en beroep, en tot wijziging van Richtlijnen 2006/54/EG en 2010/41/EU;
- Richtlijn (EU) 2024/1712 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot wijziging van Richtlijn 2011/36/EU inzake de voorkoming en bestrijding van mensenhandel en de bescherming van slachtoffers daarvan.

De lidstaten moeten de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500 tegen 19 juni 2026 en Richtlijn 2024/1712 tegen 15 juli 2026 omzetten. Daartoe moeten de volgende decreten worden gewijzigd:

- - decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie;
- - decreet van 26 september 2016 betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp.

1. Omzetting van de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500

Dit voorontwerp van decreet strekt tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2024/1499 van de Raad van 7 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling van personen ongeacht hun ras of etnische afstamming, gelijke behandeling van personen in arbeid en beroep ongeacht hun godsdienst of overtuiging, handicap, leeftijd of seksuele oriëntatie, gelijke behandeling van vrouwen en mannen op het gebied van sociale zekerheid en de toegang tot en het aanbod van goederen en diensten, en tot wijziging van Richtlijnen 2000/43/EG en 2004/113/EG, hierna: Richtlijn 2024/1499, alsook tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2024/1500 van het Europees Parlement en de Raad van 14 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling en gelijke kansen voor vrouwen en mannen in arbeid en beroep, en tot wijziging van Richtlijnen 2006/54/EG en 2010/41/EU, hierna: Richtlijn 2024/1500.

In deze richtlijnen worden minimumvoorschriften vastgesteld voor de werking van organen voor het bevorderen van gelijke behandeling (hierna: organen voor gelijke behandeling) om hun doeltreffendheid te verbeteren en hun onafhankelijkheid te waarborgen, teneinde de toepassing van het beginsel van gelijke behandeling, zoals dat voortvloeit uit de Richtlijnen 79/7/EEG, 2000/43/EG, 2000/78/EG en 2004/113/EG van de Raad, alsook uit de Richtlijnen 2006/54/EG en 2010/41/EU van het Europees Parlement en de Raad, te versterken.

- Richtlijn 79/7/EEG heeft tot doel discriminatie op grond van geslacht op het gebied van de sociale zekerheid te bestrijden.
- Richtlijn 2000/43/EG voorziet in een kader ter bestrijding van discriminatie op grond van ras of etnische afstamming.

- Richtlijn 2000/78/EG voorziet in een kader ter bestrijding van discriminatie op grond van godsdienst of overtuiging, handicap, leeftijd of seksuele oriëntatie in arbeid, beroep en beroepsopleiding.
- Richtlijn 2004/113/EG voorziet in een kader ter bestrijding van discriminatie op grond van geslacht bij de toegang tot en het aanbod van goederen en diensten.
- Richtlijn 2006/54/EG verbiedt discriminatie op grond van geslacht met betrekking tot de toegang tot arbeid en beroep, met inbegrip van promotie, en tot beroepsopleiding, met betrekking tot arbeidsomstandigheden, met inbegrip van beloning, en met betrekking tot ondernemings- en sectoriële regelingen inzake sociale zekerheid.
- Richtlijn 2010/41/EU verbiedt discriminatie tussen zelfstandig werkzame mannen en vrouwen.

De Richtlijnen 2000/43/EG en 2004/113/EG, alsook 2006/54/EG en 2010/41/EU verplichtten de lidstaten een of meer organen aan te wijzen voor de bevordering van de gelijke behandeling van alle personen, met inbegrip van de analyse, monitoring en ondersteuning van gelijke behandeling, zonder discriminatie op de gronden die onder de respectieve richtlijnen vallen. Die richtlijnen vereisen dat de lidstaten waarborgen dat dergelijke organen onder andere bevoegd zijn om onafhankelijke bijstand te verlenen aan slachtoffers, onafhankelijke enquêtes uit te voeren over discriminatie, onafhankelijke verslagen te publiceren en aanbevelingen te doen over elk onderwerp dat met dergelijke discriminatie verband houdt.

De Richtlijnen 2000/43/EG en 2004/113/EG, alsook 2006/54/EG en 2010/41/EU laten de lidstaten een ruime beoordelingsmarge met betrekking tot de structuur en de werking van organen voor gelijke behandeling. Dit leidt tot aanzienlijke verschillen tussen de organen voor gelijke behandeling in de lidstaten wat betreft hun mandaten, bevoegdheden, structuur, middelen en operationele werkwijze. Hierdoor verschilt de bescherming tegen discriminatie van lidstaat tot lidstaat.

Hoewel de Richtlijnen 79/7/EEG en 2000/78/EG de lidstaten niet verplichten organen voor gelijke behandeling aan te wijzen voor de aangelegenheden die onder die richtlijnen vallen, zijn er in de meeste lidstaten organen voor gelijke behandeling die wel bevoegd zijn voor deze kwesties, wanneer de nationale wetgeving hierin voorziet. Dat is echter niet in alle lidstaten het geval, wat leidt tot verschillende niveaus van bescherming tegen discriminatie in de Unie met betrekking tot de aangelegenheden die onder die richtlijnen vallen.

Om ervoor te zorgen dat organen voor gelijke behandeling doeltreffend kunnen bijdragen tot de handhaving van de Richtlijnen 79/7/EEG, 2000/43/EG, 2000/78/EG en 2004/113/EG, alsook 2006/54/EG en 2010/41/EU door gelijke behandeling te bevorderen, discriminatie te voorkomen en bijstand te verlenen bij de toegang tot de rechter aan alle personen en groepen die in de Unie worden gediscrimineerd, moeten minimumnormen voor de werking van die organen worden vastgesteld en moet hun mandaat worden uitgebreid tot de aangelegenheden die onder de Richtlijnen 79/7/EEG en 2000/78/EG vallen.

Het discriminatieverbod als grondrecht valt onder de bevoegdheid van de Belgische Federale Staat en is verankerd in de Belgische Grondwet.

De concrete uitvoering van het beginsel van gelijke behandeling op specifieke gebieden wordt geregeld door de overheid die op grond van de betreffende materie bevoegd is.

Deze richtlijnen regelen het beginsel van gelijke behandeling op verschillende gebieden, waarvan sommige onder de materiële bevoegdheid van de Federale Staat vallen en andere onder die van de deelentiteiten. Bijgevolg zijn zowel de Federale Staat als de deelentiteiten ertoe verplicht om, afhankelijk van de betreffende materie, op hun respectieve bevoegdheidsniveau bepalingen van die richtlijnen in het Belgische recht om te zetten.

Het decreet bevat de bepalingen om die richtlijnen op de volgende gebieden, die onder de materiële bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap vallen, om te zetten:

- de arbeidsverhoudingen
 - o in het kader van de 'organismen' in de zin van artikel 9, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen dat krachtens artikel 5, § 1, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap van toepassing is op de Duitstalige Gemeenschap;
 - o in het kader van de in artikel 24, § 4, van de Grondwet bedoelde onderwijsinstellingen in de Duitstalige Gemeenschap, ongeacht het type, niveau en net;
 - o in het kader van de diensten in de zin van artikel 87, § 1, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen dat krachtens artikel 54 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap van toepassing is op de Duitstalige Gemeenschap zowel met betrekking tot de toegang tot arbeid en beroep, promotie, arbeidsomstandigheden, beloning als met betrekking tot de beëindiging van de arbeidsverhouding;
- het onderwijs dat in de Duitstalige Gemeenschap wordt georganiseerd op grond van artikel 130, § 1, 3°, van de Grondwet;
- het werkgelegenheidsbeleid dat de Duitstalige Gemeenschap voert op grond van artikel 6, § 1, IX, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;
- het beleid dat de Duitstalige Gemeenschap voert op grond van artikel 4, § 1, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap (culturele aangelegenheden);
- het beleid dat de Duitstalige Gemeenschap voert op grond van artikel 4, § 2, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap (persoonsgebonden aangelegenheden);
- de sociale voordelen in de zin van artikel 7, lid 2, van de Verordening (EEG) Nr. 1612/68 van de Raad van 15 oktober 1968 betreffende het vrije verkeer van werknemers binnen de Gemeenschap;
- de goederen in de zin van de bepalingen van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap over het vrije verkeer van goederen;
- de diensten van algemeen belang, met inbegrip van de diensten in de zin van artikel 60 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap;
- het huisvestingsbeleid dat de Duitstalige Gemeenschap voert op grond van artikel 6, § 1, IV, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen.

In het kader van de materiële bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap gaat het slechts om een gedeeltelijke omzetting van de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500, aangezien een groot deel van de bepalingen van deze richtlijnen zal worden omgezet in het kader van de wijziging van het samenwerkingssakkoord tussen de federale overheid, de gewesten en de gemeenschappen met het oog op de oprichting van een Interfederaal Centrum voor Gelijkheid van Kansen en voor de Bestrijding van Racisme en Discriminatie in de vorm van een gemeenschappelijk orgaan in de zin van artikel 92bis van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen.

Voorts wordt de wet van 16 december 2002 houdende oprichting van het Instituut voor de gelijkheid van vrouwen en mannen aangepast. De wijziging van die wet valt binnen het bevoegdheidsterrein van de Federale Staat.

2. Omzetting van Richtlijn 2024/1712

Dit voorontwerp van decreet strekt ook tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2024/1712 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot wijziging van Richtlijn 2011/36/EU inzake de voorkoming en bestrijding van mensenhandel en de bescherming van slachtoffers daarvan.

Richtlijn 2024/1712 wijzigt Richtlijn 2011/36, die het belangrijkste rechtsinstrument van de Europese Unie blijft inzake de voorkoming en bestrijding van mensenhandel en de bescherming van slachtoffers. Die Richtlijn 2011/36 voorziet in een breed kader voor de aanpak van mensenhandel door minimumvoorschriften vast te stellen voor de definitie van strafbare feiten en sancties. Ze bevat ook gemeenschappelijke bepalingen ter versterking van de preventie van mensenhandel, de aan slachtoffers verleende bijstand, alsmede hun bescherming, waarbij rekening wordt gehouden met het genderperspectief, evenals met het perspectief van mensen met een handicap en dat van de belangen van kinderen en waarbij een slachtoffergerichte aanpak wordt gehanteerd.

In haar mededeling van 14 april 2021 over de EU-strategie voor de bestrijding van mensenhandel 2021-2025 heeft de Commissie een beleidsrespons geformuleerd met een multidisciplinaire en brede benadering die zowel de preventie van mensenhandel en de bescherming van slachtoffers, als de vervolging en veroordeling van mensenhandelaren bestrijkt. Om de veranderende trends op het gebied van mensenhandel en de door de Commissie vastgestelde tekortkomingen aan te pakken, en nog krachtiger tegen dit misdrijf op te treden, is het noodzakelijk Richtlijn 2011/36/EU te wijzigen, onder meer met betrekking tot de vroegtijdige opsporing en identificatie van slachtoffers van mensenhandel, alsook de gespecialiseerde bijstand aan en ondersteuning van slachtoffers van mensenhandel.

De EU-lidstaten moeten nationale maatregelen goedkeuren om de door de richtlijnen opgelegde doelstellingen om te zetten. De genomen maatregelen moeten binnen een bepaalde termijn aan de Europese Commissie meegedeeld worden. Na het verstrijken van die termijn kan de commissie een niet-nakomingsprocedure instellen.

De concrete omzetting van deze richtlijnen in het Belgische recht valt onder de bevoegdheid van verschillende territoriale overheden. Dit voorontwerp van decreet dient alleen als basis voor de omzetting van de maatregelen en aanbevelingen omtrent slachtoffers van mensenhandel die tot de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap behoren. Daartoe worden volgende decreten gewijzigd:

- decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie;
- decreet van 26 september 2016 betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp.

De bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap voor slachtofferhulp en gespecialiseerde slachtofferhulp vindt haar grondslag in artikel 5, § 1, III, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

In artikel 1 wordt gepreciseerd dat het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie, hierna: decreet van 19 maart 2012, strekt tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijnen 2024/1499, 2024/1500 en 2024/1712. Door die precisering wordt gevolg gegeven aan de verplichting vervat in artikel 24, lid 1, tweede alinea, van de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500, alsook artikel 2, lid 1, tweede alinea van Richtlijn 2024/1712.

Artikel 2

De wijzigingen die in het kader van dit artikel worden aangebracht, zijn een terminologische aanpassing van het begrip 'orgaan voor gelijke behandeling' om dezelfde term voor hetzelfde begrip te gebruiken, zowel nationaal als internationaal.

Zowel in de Richtlijnen 79/7/EWG, 2000/43/EG, 2000/78/EG en 2004/113/EG, als in de evaluaties van de organen voor gelijke behandeling wordt bijzondere aandacht besteed aan intersectionele discriminatie. De toevoegingen dienen om de realiteit waarmee de betrokken personen worden geconfronteerd, juridisch beter te weerspiegelen.

Artikel 3

Doordat het begrip 'orgaan' vervangen wordt door het begrip 'orgaan voor gelijke behandeling', moet dit artikel terminologisch worden aangepast.

Artikel 4

Om een snelle en betaalbare buitengerechtelijke beslechting van geschillen mogelijk te maken, moeten de lidstaten de partijen de mogelijkheid bieden om een beroep te doen op door het orgaan voor gelijke behandeling of een andere bestaande bevoegde entiteit aangeboden alternatieve geschillenbeslechting. Bij dit artikel wordt die taak opgedragen aan de organen voor gelijke behandeling. Dit artikel strekt tot gedeeltelijke omzetting van artikel 7 van de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500.

Artikel 5

Organen voor gelijke behandeling moeten bevoegd blijven om in gerechtelijke procedures op te treden. Nationaal recht en nationale praktijken inzake de ontvankelijkheid van vorderingen mogen niet zodanig worden toegepast dat afbreuk kan worden gedaan aan de doeltreffendheid van het recht van de organen voor gelijke behandeling om op te treden. De precisering van dit artikel is bedoeld om de praktische uitvoering van de huidige bepalingen inzake bewijslast en rechtsbescherming te vergemakkelijken.

Het recht van het orgaan voor gelijke behandeling om in gerechtelijke procedures op te treden, omvat nu ook het recht om bij de rechterlijke instantie opmerkingen in te dienen.

Dat recht om in gerechtelijke procedures op te treden, kan verschillende vormen aannemen: optreden namens een of meer slachtoffers of ter ondersteuning van een of meer slachtoffers, dan wel in eigen naam optreden of een gerechtelijke procedure aanhangig maken.

Dit artikel strekt tot gedeeltelijke omzetting van artikel 10 van de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500.

Artikel 6

Doordat het begrip 'orgaan' vervangen wordt door het begrip 'orgaan voor gelijke behandeling', zijn terminologische aanpassingen noodzakelijk.

Artikel 7 en 8

De Regering heeft tot taak passende maatregelen vast te stellen om de bevolking bewuster te maken van de in het decreet vermelde rechten en van het bestaan van de organen voor gelijke behandeling en hun diensten.

Organen voor gelijke behandeling spelen ook een belangrijke rol bij het voorkomen van discriminatie en het bevorderen van gelijkheid. Die activiteiten kunnen bestaan uit het delen van goede praktijken, positieve acties en het bevorderen van de integratie van gelijke behandeling bij publieke en private entiteiten, en het aanbieden van relevante opleiding, informatie, advies, begeleiding en

ondersteuning aan die entiteiten. Het is ook essentieel dat organen voor gelijke behandeling communiceren met relevante belanghebbenden en deelnemen aan het publieke debat.

Hierbij nemen de Regering en de organen voor gelijke behandeling voor elke doelgroep passende communicatiemiddelen en -vormen in aanmerking.

Dit artikel strekt tot omzetting van artikel 5 van de Richtlijnen 2024/1499 en 2024/1500.

Artikel 9

In het kader van het voorkomen van discriminatie wordt ook de taak van de Regering met betrekking tot de preventie van mensenhandel gepreciseerd. Door die precisering wordt artikel 1, 14), van Richtlijn 2024/1712 omgezet.

Artikel 10 tot 14

Doordat het begrip 'orgaan' vervangen wordt door het begrip 'orgaan voor gelijke behandeling', zijn terminologische aanpassingen noodzakelijk.

Artikel 15

In artikel 15 wordt gepreciseerd dat het decreet van 26 september 2016 betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp, hierna: decreet van 26 september 2016, strekt tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn 2024/1712. Door die precisering wordt gevolg gegeven aan de verplichting vervat in artikel 2, lid 1, tweede alinea, van Richtlijn 2024/1712.

Artikel 16 en 17

Die beide artikelen preciseren de artikelen 6 en 7 van het decreet van 26 september 2016, die betrekking hebben op de taken van de instellingen voor slachtofferhulp of gespecialiseerde slachtofferhulp in de zin van Richtlijn 2024/1712, in het bijzonder artikel 1, 9), a).

Artikel 6, 2°, van het decreet van 26 september 2016 bepaalt dat de instellingen die bevoegd zijn voor slachtofferhulp sociaal-psychologische hulp aanbieden, afgestemd op de behoeften van het slachtoffer en verduidelijkt waarop die hulp gericht is en welk doel ze heeft. Bij artikel 2 van het voorontwerp van decreet wordt in de zin van artikel 1, 9), a), van de Richtlijn 2024/1712, dat artikel 11, lid 1, van Richtlijn 2011/36 vervangt, gepreciseerd dat in die hulp voor de slachtoffers moet worden voorzien vóór, tijdens, en gedurende een passende periode na, de strafprocedure. Die aanvulling geldt, net als alle taken opgesomd in artikel 6 van het decreet van 26 september 2016, voor alle slachtoffers van een strafbaar feit, in het bijzonder slachtoffers van mensenhandel.

Artikel 7, 2°, van het decreet van 26 september 2016 bepaalt dat de instellingen die bevoegd zijn voor gespecialiseerde slachtofferhulp gerichte en geïntegreerde multidisciplinaire hulp aanbieden die specifiek bestemd is voor slachtoffers met specifieke behoeften en verduidelijkt waarop de gerichte en geïntegreerde multidisciplinaire hulp gericht is en welk doel ze heeft. Bij artikel 3 van het voorontwerp van decreet wordt in de zin van artikel 1, 9), a), van de Richtlijn 2024/1712, dat artikel 11, lid 1, van Richtlijn 2011/36 vervangt, bepaald dat aan de hulp een op slachtoffers gerichte, genderbewuste, op handicaps toegesneden en kindvriendelijke benadering ten grondslag moet liggen. Voorts wordt gepreciseerd dat in die hulp voor de slachtoffers moet worden voorzien vóór, tijdens, en gedurende een passende periode na, de strafprocedure.

Die aanvulling geldt, net als alle taken opgesomd in artikel 7 van het decreet van 26 september 2016, voor alle slachtoffers van een strafbaar feit, in het bijzonder slachtoffers van mensenhandel.

Artikel 7, 5°, van het decreet van 26 september 2016 betreft de criteria die bij de individuele beoordeling in aanmerking worden genomen om de specifieke behoeften in te schatten. Een van die criteria is de aard van het strafbaar feit (punt b)). De aard van het strafbaar feit speelt in het bijzonder een rol bij slachtoffers van mensenhandel en dat is de reden waarom die verwijzing aan punt b) wordt toegevoegd.

Artikel 18

Dit artikel betreft de opleidingen voor personen die slachtofferhulp en gespecialiseerde slachtofferhulp aanbieden en preciseert artikel 10 van het decreet van 26 september 2016 in de zin van artikel 1, 15), van Richtlijn 2024/1712.

Artikel 19

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van dit decreet. Gelet op de omzettingstermijnen wordt bepaald dat het decreet in werking treedt op 1 juni 2026.

De Minister van Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid
L. KLINKENBERG

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende omzetting van verscheidene richtlijnen inzake sociale aan- gelegenheden

HOOFDSTUK 1 – WIJZIGING VAN HET DECREET VAN 19 MAART 2012 TER BESTRIJDING VAN BEPAALTE VORMEN VAN DISCRIMINATIE

Artikel 1 – In artikel 1 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie wordt het tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, vervangen als volgt:

"Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de volgende richtlijnen:

1° Richtlijn (EU) 2019/1158 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven voor ouders en mantelzorgers en tot intrekking van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad;

2° Richtlijn (EU) 2024/1499 van de Raad van 7 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling van personen ongeacht hun ras of etnische afstamming, gelijke behandeling van personen in arbeid en beroep ongeacht hun godsdienst of overtuiging, handicap, leeftijd of seksuele oriëntatie, gelijke behandeling van vrouwen en mannen op het gebied van sociale zekerheid en de toegang tot en het aanbod van goederen en diensten, en tot wijziging van Richtlijnen 2000/43/EG en 2004/113/EG;

3° Richtlijn (EU) 2024/1500 van het Europees Parlement en de Raad van 14 mei 2024 betreffende normen voor organen voor gelijke behandeling op het gebied van gelijke behandeling en gelijke kansen voor vrouwen en mannen in arbeid en beroep, en tot wijziging van Richtlijnen 2006/54/EG en 2010/41/EU;

4° Richtlijn (EU) 2024/1712 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot wijziging van Richtlijn 2011/36/EU inzake de voorkoming en bestrijding van mensenhandel en de bescherming van slachtoffers daarvan."

Art. 2 – In artikel 3 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 19° wordt vervangen als volgt:

"19° orgaan voor gelijke behandeling: onafhankelijk orgaan ter bevordering van gelijke behandeling of onafhankelijke organen ter bevordering van gelijke behandeling;"

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 20°, luidende:

"20° intersectionele discriminatie: situatie die ontstaat wanneer een persoon gediscrimineerd wordt als gevolg van een onderscheid op grond van verscheidene beschermde criteria die met elkaar interageren en onlosmakelijk met elkaar verbonden zijn."

Art. 3 – In artikel 12 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "organen" vervangen door de woorden "organen voor gelijke behandeling";

2° in de inleidende zin van het tweede lid wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling";

3° het derde lid wordt opgeheven.

Art. 4 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 12.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 12.1 – Bij geschillen die met toepassing van het decreet zijn ontstaan, biedt het orgaan voor gelijke behandeling bovendien mogelijkheden tot buitengerechtelijke geschillenbeslechting.

De verjaringstermijnen in gerechtelijke procedures worden gedurende de buitengerechtelijke geschillenbeslechting opgeschort."

Art. 5 – In hetzelfde decreet wordt een artikel 12.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 12.2 – Het orgaan voor gelijke behandeling kan in rechte optreden in rechtsgedingen die met toepassing van het decreet worden ingesteld.

Het recht van het orgaan voor gelijke behandeling om in gerechtelijke procedures op te treden, omvat het recht om bij de rechterlijke instantie opmerkingen in te dienen.

Het recht om in gerechtelijke procedures op te treden omvat ook ten minste een van de volgende rechten:

- 1° het recht om namens een of meer slachtoffers een gerechtelijke procedure aanhangig te maken;
- 2° het recht om deel te nemen aan de gerechtelijke procedure ter ondersteuning van een of meer slachtoffers;
- 3° het recht om in eigen naam een gerechtelijke procedure aanhangig te maken, om het algemeen belang te verdedigen."

Art. 6 – In artikel 14 van hetzelfde decreet wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling".

Art. 7 – In titel 2 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2023, wordt een hoofdstuk 5 ingevoegd dat de artikelen 14.1 en 14.2 bevat, luidende:

"Hoofdstuk 5 – Bewustmaking, preventie en bevordering"

Art. 8 – In titel 2 van hetzelfde decreet wordt in hoofdstuk 5 een artikel 14.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 14.1 – De Regering treft maatregelen om de bevolking bewuster te maken van de in dit decreet vermelde rechten en van het bestaan van de organen voor gelijke behandeling en hun diensten. Die bewustmaking geschiedt met bijzondere aandacht voor personen en groepen die het risico lopen gediscrimineerd te worden.

De organen voor gelijke behandeling zijn bevoegd om maatregelen uit te voeren ter voorkoming van discriminatie en ter bevordering van gelijke behandeling in de zin van dit decreet. Bij de uitvoering van dergelijke maatregelen kunnen de organen voor gelijke behandeling rekening houden met specifieke achterstandssituaties als gevolg van intersectionele discriminatie.

De Regering en de organen voor gelijke behandeling dienen voor elke doelgroep passende communicatiemiddelen en -vormen in aanmerking te nemen. Zij richten zich vooral op groepen wier toegang tot informatie kan worden belemmerd, bijvoorbeeld door hun economische status, leeftijd, handicap, niveau van geletterdheid, nationaliteit, verblijfsstatus of gebrek aan toegang tot online-instrumenten."

Art. 9 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 14.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 14.2 – Om mensenhandel te voorkomen, voorziet de Regering in:

- 1° passende maatregelen, rekening houdend met de verschillende vormen van uitbuiting, om de vraag die de voedingsbodem is voor alle vormen van uitbuiting, in het bijzonder in verband met mensenhandel, te ontmoedigen en te doen afnemen;
- 2° maatregelen om in het bijzonder kinderen en personen met een handicap op genderbewuste en kindvriendelijke wijze te behoeden voor het gevaar dat zij het slachtoffer worden van mensenhandel."

Art. 10 – In artikel 16 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het eerste lid wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling";

2° in het tweede lid, 1°, wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling".

Art. 11 – In artikel 18, § 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4° wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling";

2° in de bepaling onder 7° wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling";

3° in de bepaling onder 8° wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling".

Art. 12 – In artikel 19 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 3, 4°, wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling";

2° in § 3, 7°, wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling";

3° in § 3, 8°, wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling";

4° in § 5, eerste lid, wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling".

Art. 13 – In artikel 21 wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling".

Art. 14 – In artikel 23, § 1, wordt het woord "orgaan" vervangen door de woorden "orgaan voor gelijke behandeling".

HOOFDSTUK 2 – WIJZIGING VAN HET DECREET VAN 26 SEPTEMBER 2016 BETREFFENDE DE SLACHTOFFERHULP EN DE GESPECIALISEERDE SLACHTOFFERHULP

Art. 15 – In artikel 1 van het decreet van 26 september 2016 betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3°, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° Richtlijn (EU) 2024/1712 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot wijziging van Richtlijn 2011/36/EU inzake de voorkoming en bestrijding van mensenhandel en de bescherming van slachtoffers daarvan."

Art. 16 – In artikel 6, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "doel van" vervangen door het woord "doel", wordt de puntkomma op het einde van de zin vervangen door een punt en voorts wordt de bepaling onder 2° aangevuld met de volgende zin:

"In die hulp wordt voor het slachtoffer voorzien vóór, tijdens, en gedurende een passende periode na, de strafprocedure;"

Art. 17 – In artikel 7 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2° worden de woorden "doel van" vervangen door het woord "doel" en het woord "komen" wordt vervangen door de woorden "komen en aan die hulp ligt een op slachtoffers gerichte, genderbewuste, op handicaps toegesneden en kindvriendelijke benadering ten grondslag.

In die hulp wordt voor de slachtoffers voorzien vóór, tijdens, en gedurende een passende periode na, de strafprocedure";

2° in de bepaling onder 5°, b), gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt het woord "en terrorismeslachtoffers" vervangen door de woorden ", terrorismeslachtoffers en slachtoffers van mensenhandel".

Art. 18 – In artikel 10 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het opschrift van het artikel wordt vervangen als volgt:

"Art. 10 – Opleiding en preventie"

2° in het eerste lid worden de woorden "een passende opleiding krijgen op een niveau dat aangepast is aan hun contact met het slachtoffer" vervangen door de woorden "regelmatig passende en gespecialiseerde opleidingen krijgen die aangepast zijn aan hun contact met de slachtoffers of potentiële slachtoffers";

3° het tweede lid wordt aangevuld met de volgende zin:

"De opleidingen zijn gebaseerd op de mensenrechten en zijn slachtoffer-, gender-, handicap- en kindbewust;"

4° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Ze hebben ook als doel de personen die in contact komen met slachtoffers, in staat te stellen mensenhandel te voorkomen en te bestrijden, secundaire victimisatie te voorkomen, alsook de slachtoffers te erkennen, te identificeren, bij te staan, te ondersteunen en te beschermen."

Art. 19 – Dit decreet treedt in werking op 1 juni 2026.

Eupen, ...

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid
L. KLINKENBERG

Omzettingstabel voor Richtlijn 2024/1499 en Richtlijn 2024/1500

Richtlijn 2024/1499	Richtlijn 2024/1500	Voorontwerp van decreet	Decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie
Artikel 2, lid 1	Artikel 2, lid 1	/	Artikel 12, eerste lid
Artikel 3	Artikel 3	Artikel 2, 1°	Artikel 3, 19°
Artikel 5, lid 1	Artikel 5, lid 1	Artikel 8	Artikel 14.1, eerste lid
Artikel 5, lid 2	Artikel 5, lid 2	Artikel 8	Artikel 14.1, tweede lid
Artikel 5, lid 3	Artikel 5, lid 3	Artikel 8	Artikel 14.1, derde lid
Artikel 7	Artikel 7	Artikel 4	Artikel 12.1
Artikel 10, lid 1	Artikel 10, lid 1	Artikel 5	Artikel 12.2, eerste lid Artikel 14 (instemming van het slachtoffer)
Artikel 10, lid 2	Artikel 10, lid 2	Artikel 5	Artikel 12.2, tweede lid
Artikel 10, lid 3	Artikel 10, lid 3	Artikel 5	Artikel 12.2, derde lid Artikel 18, § 2, 7° en 8° Artikel 19, § 3, 7° en 8° Artikel 23, § 1
Artikel 10, lid 4 - optioneel	Artikel 10, lid 4 - optioneel	/	/
Artikel 11	Artikel 11	/	Artikel 16, 18, 19
Artikel 24, lid 1, tweede alinea	Artikel 24, lid 1, tweede alinea	Artikel 1	Artikel 1, tweede lid, 2° en 3°

Omzettingstabel voor Richtlijn 2024/1712

Richtlijn 2024/1712	Voorontwerp van decreet	Decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie	Decreet van 26 september 2016 betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp	Decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming
Artikel 1, 9), a) (betreft artikel 11, lid 1 van Richtlijn 2011/36)	Artikel 16 en 17		Artikel 6 en 7	Artikel 1, 1°, artikel 3, 10°, 14° en 15°, artikel 4, 1° en 2°, artikel 7
Artikel 1, 13) (voor zover het gaat om artikel 14, lid 1 en lid 3, van Richtlijn 2011/36)			Artikel 7, 5°, d), en 8°	Artikel 3 17°, artikel 9, 10 en 11, artikel 12, § 1, en artikel 29
Artikel 1, 14) (betreft artikel 18 van Richtlijn 2011/36)	Artikel 9 Artikel 18	Artikel 14.2	Artikel 10	Artikel 13, tweede lid, 3°
Artikel 1, 15) (betreft het nieuw ingevoegde artikel 18 bis van Richtlijn 2011/36)	Artikel 18		Artikel 10	Artikel 13, eerste en tweede lid, artikel 14 en 16
Artikel 2, lid 1, tweede alinea	Artikel 1 Artikel 15	Artikel 1, tweede lid, 4°	Artikel 1, 4°	